Damit ist die eingangs der Studie gestellte Frage beantwortet: Nur durch eine Revision der heute angewandten Instrumente und Methoden der Planung ist eine befriedigende Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen und die Erreichung des Zustandes der wirtschaftlichen Integration unter den planwirtschaftlichen Ländern möglich.

Mit seiner anregenden Arbeit (wenn man von gelegentlichen schwerfälligen sprachlichen Formulierungen absieht) hat Schenk jedenfalls die wissenschaftliche Literatur über die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und insbesondere über die außenwirtschaftlichen Planungs- und Integrationsprobleme der RGW-Länder um einen interessanten Beitrag bereichert.

Kiel

Theodor D. Zotschew

George R. Feiweil, *The Economics of a Socialist Enterprise*. A Case Study of the Polish Firm. (Praeger Special Studies in International Economics and Development.) Frederick A. Praeger Publ. New York, Washington, London. Second Printing 1966 (First Printing 1965). 398 S.

Feiweil stellt in der Studie exemplarisch am Beispiel Polens die wirtschaftlichen Vorgänge innerhalb sozialistischer Industriebetriebe sowie ihre gegenseitigen Beziehungen im institutionellen Rahmen einer zentral geplanten und gelenkten Wirtschaft dar. Er leistet damit einen Beitrag zum Studium der realen ökonomischen Auswirkungen einer Planwirtschaft. Wissenschaftlich fundiert wird dieses Vorhaben durch die Verwendung überwiegend polnischer und sowjetischer Quellen; die zahlreichen (übersetzten) Zitate vermitteln dem Leser einen direkten Zugang zu den behandelten Problemen.

Der Vf. gliedert seine Schrift in fünf Kapitel. Im ersten gibt er den institutionellen Rahmen für die Ausführungen der folgenden Kapitel: Die Entstehung und Entwicklung der Planwirtschaft in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg, die verschiedenen sich über mehrere Jahre erstreckenden Pläne, das zugrunde liegende zentralistische Modell der Wirtschaft und die derzeitige Administration und ihre Planfestsetzung werden bis Ende 1964 betrachtet, bevor nacheinander die betriebswirtschaftlich relevanten Punkte der Preis- (2. Kap.) und Kostenermittlung (3. Kap.), die finanzielle Sphäre eines Betriebes (4. Kap.) und das Verhalten des Managements (5. Kap.) diskutiert werden.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Preisermittlung durch Errechnung durchschnittlicher totaler Stückkosten (Marginalbetrachtungen sind nicht systemkonform!). Der Hinweis auf das Außerachtlassen der Nachfrage als preismitbestimmender Faktor beschließt diesen Abschnitt.

In Fortsetzung des zweiten behandelt das folgende Kapitel die Ermittlung verschiedener Kostenarten. Dabei wird vor allem die Kontrollfunktion der Kosten für die vorgesetzten Behörden im Rahmen der Planerfüllung hervorgehoben.

Die finanzielle Sphäre eines sozialistischen Betriebes ist Gegenstand des vierten Kapitels, in dem auf den sozialistischen Profit, auf seine Verteilung an Betrieb, Staat und verschiedene Fonds, auf Investitionsfinanzierungen und die Bewertung des Anlage- und Umlaufvermögens eingegangen wird.

Den Kern des letzten Kapitels bildet die Beschreibung des Verhaltens des Managements. Eine Vielzahl von Beispielen schildert die Reaktionen von Be-

triebsleitern auf von Feiweil ausführlich dargestellte Prämiensysteme und andere Kriterien, die administrativ gesetzt sind, um einen Anreiz zur Planerfüllung zu geben. Es ist dies das anschaulichste Kapitel des Buches.

An dieser Stelle ist es unmöglich, im einzelnen auf die vielen zu einer Diskussion herausfordernden Fragen, die die Lektüre des Buches bringt, einzugehen. Auf zwei Dinge soll hingewiesen werden: 1. Das Planwirtschaftssystem östlicher Prägung ist — und darauf macht Feiweil häufig aufmerksam — nur vor dem Hintergrund der Ökonomie marxistischer Ideologie zu begreifen. 2. Das Verständnis der von Feiweil vorgebrachten Argumente wie auch das der Beschreibung ökonomischer Zusammenhänge setzt einen mit diesen Problemkreisen vertrauten Leser voraus, wenn dieser Feiwels Buch mit Gewinn studieren und nicht nur die Beschreibung von Zuständen lesen will.

Das für den Rezensenten ermüdende Aufschlagen der am Schluß des Textes zusammengestellten 965 Fußnoten ist ein geringer Mangel dieser fundierten empirischen Studie über die Praxis einer Planwirtschaft.

Kiel

Jürgen D. Berndt

Das Arbeitsrecht im Ostblock. (Studien des Instituts für Ostrecht/München, Bd 7.) Verlag für Internationalen Kulturaustausch. Frankfurt/M., Berlin 1959. 112 S.

Bürger und Verwaltungsrechtsschutz in der SBZ und im Ostblock. (Studien des Instituts für Ostrecht/München, Bd 8.) Verlag für Internationalen Kulturaustausch. Frankfurt/M., Berlin 1959. 75 S.

Wie die Herausgeber im Vorwort zum ersten Band der Reihe betonen, sollen die „Studien“ des 1957 gegründeten Münchner Instituts für Ostrecht einer breiteren Öffentlichkeit „eine Orientierung über die grundlegenden Probleme der einzelnen Länder“ des Ostblocks auf dem Gebiet des Ostrechts ermöglichen. Die Thematik der „grauen Bändchen“ wurde teils schon vorher in den Arbeitsgemeinschaften der Seminare behandelt, teils werden die Sammelarbeiten durch selbständige Monographien zu den Spezialthemen vertieft. Der vorliegende 7. Band der Reihe beschäftigt sich in sechs Abhandlungen mit dem Arbeitsrecht der kommunistischen Länder Ost- und Südosteuropas. Im ersten Aufsatz geht P. Barton, Paris, auf die grundsätzliche Problematik der Kollektivverträge (Tarifverträge) ein. Als durchgehendes Kernstück einer kommunistischen Arbeitsverfassung bezeichnet er mit Recht die Fiktion einer Interessengemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Streikverbot illustriert eindringlich die bestehende Rechtslage. Die Folge dieser Ungleichheit der Parteien ist die dominierende Stellung der Gewerkschaften „in der Diktatur des Proletariats“, die der Vf. in seinem zweiten Beitrag behandelt. Sie sind keine Arbeitervereine, sondern eine Staatsinstitution, die nicht durch den kollektiven Willen ihrer Mitglieder getragen wird. Die führenden Funktionäre werden nicht gewählt, sondern von oben ernannt. Dieses undemokratische Prinzip findet sich auch in den „zentralisierten Befugnissen“ der kommunistischen Gewerkschaften wieder. Sie haben in erster Linie für die Arbeitsdisziplin zu sorgen, aus der sich hauptsächlich die meisten Arbeitsstreitigkeiten ergeben.

Wie H. Niedermeier, München, in seinem Aufsatz über „Die Regelung von Arbeitsstreitigkeiten im Ostblock“ bemerkt, sind diese Konflikte nach der